



böhlau

ORTSKIRCHE UND WELTKIRCHE IN DER GESCHICHTE

KÖLNISCHE KIRCHENGESCHICHTE ZWISCHEN
MITTELALTER UND ZWEITEM VATIKANUM

HEINZ FINGER, REIMUND HAAS,
HERMANN-JOSEF SCHEIDGEN (HG.)



Robert Triffin

BONNER BEITRÄGE ZUR KIRCHENGESCHICHTE

Herausgegeben von

Gabriel Adriányi, Gisela Muschiol und Georg Schöllgen

Band 28

Ortskirche und Weltkirche in der Geschichte

Kölnische Kirchengeschichte zwischen
Mittelalter und Zweitem Vatikanum

Festgabe für Norbert Trippen
zum 75. Geburtstag

Herausgegeben von
Heinz Finger, Reimund Haas
und Hermann-Josef Scheidgen



2011

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Erzbistums Köln,
des Kölner Metropolitankapitels, des Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds,
des Landschaftsverbandes Rheinland, des Instituts für Kirchengeschichte
der Universität Bonn sowie der ChoC-Stiftung



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Glückwunschadresse für Johann Baudri (1877), Widmungstext; AEK,
Nachlass Joh. Anton Friedr. Baudri, Grußadresse, fol. 1, hier Ausschnitt;
siehe ausführlich dazu den Beitrag von Joachim Oepen, S. 437–464.

© 2011 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen
des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Satz/Layout: Michael Schiffer

Gesamtherstellung: WBD Wissenschaftlicher Bücherdienst GmbH, Köln
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

ISBN 978-3-412-20801-1

Inhalt

Geleitwort des Erzbischofs von Köln	1
Geleitwort des Dompropstes	3
Vorwort	7

I. Kölner Dom und Kölner Erzbischöfe

Günter Assenmacher

Persona iuridica ne sit parochus. Kanonistisches Supplement anlässlich der Aufhebung der Kölner Dompfarre	11
---	----

Hendrik Breuer

Der Codex 132 der Kölner Dombibliothek als diözesaner Zeuge der großen Kirchenreform des 15. Jahrhunderts und ihrer ordenstheologischen Impulse	29
--	----

Manfred Groten

Brandkatastrophe und Solidarität, Markt- sanierung und Gottesfrieden. Kölns Take-off unter Erzbischof Sigewin (1079-89)	69
--	----

Gisbert Knopp

„Ich meyne nicht, daß man etwas schöneres sehen kann“. Die Rolle des Kurfürsten Clemens August bei der Wahl und Krönung seines Bruders Karl Albrecht zum römisch-deutschen König und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches	89
--	----

Hannsgeorg Molitor

Gebhard Truchseß von Waldburg als Studiosus	107
--	-----

Stefan Samerski	
Ex oriente – Kardinal Josef Frings und die Aufnahme ostdeutscher Geistlicher im Kölner Erzbistum	125
Gerhard Schettler	
Warum scheiterte die Kandidatur von Professor Johann Michael Sailer als Erzbischof von Köln in den Jahren 1816-1818?	145
Siegfried Schmidt	
„ <i>Der gerechte Stolz des deutschen Volkes</i> “. Der Kölner Dom und seine Vollendung im Spiegel zeitgenössischer Reise- und Domführer des 19. Jahrhunderts	167
Barbara Schock-Werner	
Veränderung im liturgischen Zentrum des Kölner Domes im Lauf des 19. und 20. Jahrhunderts	205
Klaus-Peter Vosen	
Kardinal Karl Joseph Schulte und die Anfänge des Ansgariuswerkes in der Erzdiözese Köln	233
II. Aus dem alten und neuen Erzbistum Köln	
Reimund Haas	
Kölner Kollekten für die Nordischen Missionen (1866-1930) und ein Bistum Hamburg	271
Ulrich Helbach	
Der Kölner Priester Peter Klein (†1944) und seine jüdische Mutter (†1958). Ein ungewöhnliches Fallbeispiel zum Verhältnis der katholischen Kirche und den Juden	297
Norbert Henrichs	
Der Katholische Gefängnisverein in Düsseldorf und seine interkonfessionelle Vorgeschichte	375

Michael Klöcker	
<i>Die rheinischen Katholikentage 1919/20.</i>	
Signale für den Katholizismus in der Moderne	399
Wolfgang Löhr	
<i>Nicht aus Furcht vor dem sicheren Tod.</i>	
Das Testament der Maria Anna von Bylandt (1711-1787),	
Seniorissa des Kanonissenstifts Vilich bei Bonn	415
Joachim Oepen	
Das katholische Köln. Eine Glückwunschadresse	
für den Kölner Weihbischof Baudri 1877	437
Leo Peters	
„... als ob Keveler ein unanzugründeter geltschatz sey ...“.	
Quellen zur Geschichte der Kevelaer-Wallfahrt des	
17./18. Jahrhunderts im Gräflich von und zu	
Hoensbroech'schen Archiv von Schloss Haag	465
Josef Pilvousek	
Organisation und Struktur der	
„Abgewanderten-Seelsorge“ des	
Erzbistums Köln in Thüringen 1943-1945	491
Hermann-Josef Reudenbach	
Alexander Schnütgen und das Erscheinungsbild	
der Bücher. Mit einer Beilage über seinen Blick auf	
Antiquariatskataloge	517
Hermann-Josef Scheidgen	
Die Niederlassung der Armen Dienstmägde	
Jesu Christi in Gangelt und die Anfänge der	
Psychiatrie im Rheinland	537
Norbert Schloßmacher	
Das Kölner Domfest 1948 in Bad Godesberg.	
Ein Vorbote für die zukünftige Hauptstadtregion	565

Herman H. Schwedt

- Kölns Inquisitor Sebastian Knippenberg OP (†1733)
auf dem „Index der verbotenen Bücher“ 591

III. Geschichte der Kirche in Deutschland

Jürgen Bärsch

- Liturgiereform im Hirtenbrief. Die gottesdienstliche
Erneuerung des Zweiten Vatikanischen Konzils im Spiegel
der Hirtenworte des Bischofs von Essen Dr. Franz Hengsbach 627

Winfried Becker

- Alfred Delp SJ – Widerstand aus dem Glauben.
Ein Zeugnis seines Mitangeklagten Franz Reisert
aus dem Kreis um Franz Sperr 657

Josef van Elten

- Vom Nutzen und Nachteil der Pfarrgeschichte
für die Kirche 683

Ulrich von Hehl

- Katholisches Leben in Leipzig. Eine historische Skizze 691

Paul Meisenberg

- Enttäuschte Hoffnungen und tragische Defizite.
Katholische Kirche im Dritten Reich 711

Rudolf Morsey

- „... und gebe zu den Hottentotten, wenn es der hl. Vater
befiehlt“*: Eine ergänzende Quelle zur Rolle des
Fuldaer Bischofs Georg Kopp beim Abbau des
Kulturkampfes in Preußen 1886/87 733

Engelbert Plassmann

- Aufklärung durch Bibliotheken – Bildung durch
Büchereien. Von Polling nach Bonn – Gedanken zur
Bibliothekstheorie und zur Bibliothekspraxis in der
Kirchengeschichte 759

Karl Josef Rivinius	
Kontroverse um das zweibändige Werk von Albert Maria Weiß OP „ <i>Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart</i> “	785
Wolfgang Schmitz	
Eine unbekannte Kölner Ausgabe von Dietrich Coeldes Christenspiegel aus dem Jahre 1493	811
Michael P. Vollert	
Die Förderung von Wohnungsbau und Siedlung durch die Katholische Kirche 1932-1965	827
IV. Priesterausbildung	
Heinz Finger	
Priesterseminar und Universität. Das Konzil von Trient und die Wege der Priesterausbildung	851
Erwin Gatz †	
Priesternachwuchs zwischen Überschuss und Mangel. Zur Auswahl von Priesteramtskandidaten in Deutschland um 1935	889
Eric W. Steinhauer	
Eine kurze Geschichte der Ausbildung katholischer Theologen in Deutschland	899
V. Weltkirche	
Karl-Joseph Hummel	
Seelsorgepolitik für eine versöhnte Zukunft. Karol Wojtyła/Papst Johannes Paul II., Julius Döpfner und Joseph Höffner 1965-1987	917

Heinz Hürten	
Am Ende des pianischen Zeitalters – Katholische Kirche in Deutschland im letzten Lebensjahr	
Papst Pius' XII. Eine Momentaufnahme	961
Hans-Joachim Kracht	
Diplomatenausbildung des Heiligen Stuhles. 300 Jahre – von der „Accademia degli ecclesiastici nobili“ zur „Pontificia Accademia ecclesiastica“. Versuch eines historischen Einstiegs	969
Rudolf Lill	
Barthold Georg Niebuhr als Gesandter Preußens in Rom (1816-1823)	997
Franz Norbert Otterbeck	
Der Vatikan. Ein „Staat des Grundgesetzes“? Gedanken zu Gewaltenteilung und Hierarchie, angeregt durch die Verfassung, die Papst Pius XI. seinem Stadtstaat 1929 gab	1005
Hubert Wolf	
Kontrolle des Wissens? Kirche im Spannungsfeld zwischen Forschung und Zensur	1017
Verzeichnisse	
Bearbeitet von Reimund Haas und Harald Horst	
Schriftenverzeichnis Norbert Trippen	1039
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	1053

Enttäuschte Hoffnungen und tragische Defizite. Katholische Kirche im Dritten Reich

von Paul Meisenberg

Vorbemerkung

Seit den fünfziger und besonders in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist über Verhalten und Funktion der katholischen Kirche zur Zeit des Nationalsozialismus sehr vieles erforscht, diskutiert und lange Zeit heftig gestritten worden. Dabei ging es vor allem um die katholische Kirche (nicht minder die evangelische Kirche) im Jahre 1933, genauer vom März bis Spätherbst dieses Jahres.

Hier soll es um die Herausforderungen und Reaktionen allein der katholischen Kirche in der Anfangsphase, aber auch um einige weitere markante Problemstellungen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus (NS) bis zu deren Ende im Jahr 1945 gehen.

Wer heute dieses Thema aufgreift, wird sich darüber im Klaren sein, dass die Ereignisse der damaligen Zeit, nicht zuletzt das Verhalten der katholischen Kirche, in einen größeren Zusammenhang zu stellen sind, anders als es anfangs geschah. Die Ursachen und Umstände des Endes der Weimarer Republik und der Machtübernahme durch Hitler und die Nationalsozialisten sind sehr vielfältig. Die Hauptursachen und Kernpunkte müssen benannt und kurz erörtert werden. Nur auf dieser Basis kann das Verhalten der katholischen Kirche angemessen dargestellt und können die notwendigen Folgerungen daraus gezogen werden.

Letzteres sollte heute auch deshalb eher möglich sein als während der NS-Herrschaft und in der ersten Nachkriegszeit, weil unsere Kirche erst im Zweiten Vatikanum ein für die Moderne angemessenes Verhältnis zur Welt und den anderen Religionen gewonnen hat. Dadurch ist sie, so ist zu hoffen, nicht zuletzt einer so gefährlichen, unmenschlichen Diktatur wie dem NS gegenüber besser gewappnet und könnte angemessener reagieren, als es die Kirche in ihrer Situation unmittelbarer Herausforderung und Betroffenheit damals vermochte.

Hitler ante portas – die Jahre 1930 bis 1933

„Jahrelang ging man davon aus, dass Kirche und Katholizismus von Anfang an entschiedene Gegner des Nationalsozialismus und des NS-Regimes waren, von diesem von Anfang an drangsaliert und verfolgt wurden und Zentren des inneren Widerstandes bildeten. Diese Vorstellung und Erinnerung wurde ... für die Anfangszeit des NS-Regimes, das Jahr 1933, grundlegend in Frage gestellt.“¹ E.-W. Böckenförde sagt zu Recht, dass seine beiden Abhandlungen aus den Jahren 1961 und 1962² „zu einem Markstein für die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit“³ geworden sind. Worum es dabei geht, sei in Kürze noch einmal dargestellt.

Durch die Septemberwahlen des Jahres 1930⁴, bei denen die Nationalsozialisten von 12 auf 107 Reichstagsabgeordnete hochschnellten, fühlten sich die katholischen Bischöfe sehr bald zu Stellungnahmen zum Nationalsozialismus herausgefordert. Sie fielen eindeutig negativ aus. Immer wieder wurde „die Kulturpolitik des Nationalsozialismus“ für unvereinbar mit dem Christentum erklärt.⁵ Auch noch nach dem 30. Januar 1933, vor allem im Wahlkampf zur Reichstagswahl am 5. März 1933, änderte sich daran nichts. Den letzten noch freien Wahlen der Weimarer Republik ging ein intensiver Propagandafeldzug der Nazis, verbunden mit starken Pressionen gegen ihre Gegner, auch gegen das Zentrum⁶, voraus. Die katholische Bevölkerung

¹ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, Vorbemerkung, 113, in: ders., Kirche und christlicher Glaube in den Herausforderungen der Zeit, Berlin 2007 (zitiert: Böckenförde, Herausforderungen).

² Ders., Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, Eine kritische Betrachtung (1961) (zitiert: Kath. 1933) und: Stellungnahme zu einer Diskussion (1962) (zit. Stellungnahme), damals zuerst erschienen in der Zeitschrift Hochland, mehrmals wieder abgedruckt, u.a. in: Böckenförde, Herausforderungen, 113-176.

³ Ebd., 113.

⁴ Vgl. zu den politischen Auswirkungen dieser verhängnisvollen Reichstagswahlen Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in: Hb. der deutschen Geschichte Bd. 4, Stuttgart 1963, 167-180, bes. 169. Die Reaktion der katholischen Kirche auf das Anschwellen des Nationalsozialismus belegt mit Quellen und Kommentaren Hans Müller (Hg.), Katholische Kirche und Nationalsozialismus, München 1965, 7-67.

⁵ Vgl. die ausführliche Antwort des Bischöflichen Ordinariates Mainz vom 30.9.1930 auf eine schriftl. Anfrage der Gauleitung Hessen der NSDAP. Die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz warnten „mit tiefem Ernst vor dem Nationalsozialismus, solange und soweit er kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind.“, Quelle: Hans Müller (Hg.), ebd. 43. 50.

⁶ Vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. I, Frankfurt 1977, 301. „Die katholische Partei ... und ein großer Teil der katholischen Presse führten diesen letzten Wahlkampf mit bewundernswertem Mut ... Namentlich Brüning, der die Reichswahlliste der Partei anführte, prangerte ... die Rechtsbrüche der Regierung in aller Schärfe an.“ Ebd., 302.

ließ sich davon nicht beirren; sie blieb ihrer Partei in bemerkenswerter Weise treu.

Die Ablehnungsfront der Katholiken wurde allerdings sehr bald deutlich zurückgenommen. Das Zentrum stimmte nach der Regierungserklärung Hitlers am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu – einem Blankoscheck, der es ihm erlaubte, ohne parlamentarische Mitwirkung oder Kontrolle zu regieren. Die deutschen Bischöfe zogen bereits fünf Tage später, am 28. März 1933, ihre Verbote (z.B. Mitgliedschaft in der Partei) und Warnungen zurück.

E.-W. Böckenförde benannte in seinen Abhandlungen auch Gründe für dieses veränderte Verhalten. Anfangs wurde er dafür zum Teil heftig angegriffen; heute herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die komplexen Gründe richtig erkannt und geklärt worden sind.

Haben die Bischöfe damals aus Furcht gehandelt? Die Frage ist nicht abwegig angesichts des nationalen Taumels, den das Regime fortwährend inszenierte und in den große Volksmassen einstimmten. Da konnte durchaus die Furcht aufkommen, für die Kirche das Schlimmste verhindern zu müssen, indem man der NS-Regierung entgegenkam. Das bot sich ja auch insoweit an, als Hitler in seiner Regierungserklärung am 23. März 1933 gesagt hatte: „Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtige Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren ... Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluss einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.“⁷

Konnte man dem neuen Reichskanzler, der den Eid auf die Reichsverfassung geschworen hatte, nicht vertrauen, dass er das ernst meinte, zumal er mündlich die weitere Kooperation mit der Kirche in Aussicht stellte?⁸ Dabei ließen sich die kulturpolitischen Belange, um deren willen die katholische Kirche den Nationalsozialismus bisher einhellig abgelehnt hatte – Konfessionsschule; Betätigung katholischer Vereine und Verbände; Freiheit für bischöfliche Verlautbarungen und für die katholische Presse – doch wohl einvernehmlich klären. Waren das nicht günstige Voraussetzungen für ein gutes Miteinander der Kirche mit dem „neuen Staat“?

⁷ H. Müller (Hg.), ebd. 83f.

⁸ Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, Prälat Ludwig Kaas, hegte auf Grund seiner Unterredungen mit Hitler und Papen, die er vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag geführt hatte, diese Hoffnung. Vgl. dazu E.-W. Böckenförde, Stellungnahme, 154-158.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Breslauer Kardinal Bertram, hatte allerdings noch am 10. März 1933 wegen der fortdauernden Gewalttaten gegen kirchliche Einrichtungen einen dramatischen Appell an Reichspräsident Hindenburg gerichtet. Trotzdem hob derselbe Kardinal Bertram im Namen des deutschen Episkopates am 28. März die Warnungen und Verbote vor den Nationalsozialisten auf.⁹ Er schrieb, die Bischöfe glaubten das Vertrauen hegen zu können, dass die von Hitler in seiner Regierungserklärung gemachten Zusicherungen auch eingehalten würden.

Die Frage stellt sich, ob diese Zusicherungen der einzige Grund für die plötzliche Kehrtwendung des Episkopates waren. Nach allem, was über die Unterredungen von Kaas mit Hitler und Papen und andere Vorgänge im März 1933 bekannt geworden ist¹⁰, kann es keinem vernünftigen Zweifel unterliegen, dass dabei der mögliche Abschluss eines Reichskonkordates eine wichtige, ja entscheidende Rolle gespielt hat.

Die Bemühungen um ein Reichskonkordat waren immer wieder gescheitert. Jetzt sah Prälat Kaas als Kanonist die Chance dafür gekommen. Auf der Gegenseite hatte Hitler nicht nur großes Interesse an der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz. Er strebte auch an, mit der katholischen Kirche ins Reine zu kommen, wenn anders die katholische Bevölkerung nicht zur Mitarbeit im neuen Staat zu gewinnen war. Deshalb zögerte er nicht, der Kirche die kulturpolitischen Zugeständnisse zu machen, die sie so dringend wünschte. Aber es ging ihm um noch Wichtigeres: einen dauerhaften Vertrag mit der höchsten Stelle der katholischen Kirche zu bekommen – wie die Lateranverträge des faschistischen Italien 1929.

Bereits am 2. April begannen im Vatikan die Sondierungen. Ohne vorab erfolgte Absprachen wäre ein so früher Termin unmöglich gewesen. Die direkten Verhandlungen wurden auf kirchlicher Seite von Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, dem vormaligen Nuntius in Deutschland, geführt, auf deutscher Seite als Bevollmächtigtem des Reichspräsidenten durch Vizekanzler Franz von Papen. Die Beratungen kamen zügig voran, und bereits im Juli 1933 wurde die Paraphierung des Reichskonkordates gemeldet. Wer sich am Wortlaut des Dokumentes¹¹ orientierte, konnte den Eindruck gewinnen, dass der Vatikan und die katholische Kirche in Deutschland nahezu alle kulturpolitischen Ziele erreicht hatten und die Entfaltung und Freiheit

⁹ H. Müller, a.a.O. 82f. und 88f.

¹⁰ Klaus Scholder, a.a.O. 300-321, hat die Vorgänge in allen Einzelheiten recherchiert und ihren genauen Ablauf geschildert. Vgl. auch ebd. 483.

¹¹ Damals veröffentlicht als Beilage zur Zeitschrift „Zeit und Volk“, München 1933, I-VIII. Neudruck bei Denzler / Fabricius, Die Kirchen im Dritten Reich, Bd. 2, 61-74.

der Kirche auf allen relevanten Gebieten gewährleistet sei. Da Hitler das Konkordat indes nur als Mittel dazu ansah, die katholische Kirche in „sein“ Staat einzubinden, war der Streit vorprogrammiert. Er entzündete sich sehr bald an der Auslegung, in Sonderheit des Artikels 31,2. Streit und Konflikt sollten nie enden, solange das NS-Regime existierte. Hitler hatte Grund zu großer Zufriedenheit, weil das Reichskonkordat der erste internationale Vertrag war, den das NS-Regime zustande brachte. Vor allem aber sah er sein Ziel verwirklicht, die katholische Kirche in den Einparteienstaat einzuordnen – unter sein Regiment in allen öffentlichen Belangen, in Staat und Gesellschaft.

Kirchenintern war man über den Abschluss nicht überall glücklich. Neben anderen warnte Bischof Konrad Graf Preysing vor einem Vertrag mit dem NS-Regime wegen dessen Verlogenheit und Täuschungsabsichten, die er wie kein anderer Bischof erkannt hatte.¹² Aber die Verhandlungen im Vatikan nahmen ihren weiteren Verlauf bis zur feierlichen Ratifizierung des Konkordates am 10. September 1933 in Rom.

Wie umstritten das Reichskonkordat von Anfang an war, zeigte sich u.a. darin, dass es neben den warnenden und besorgten Stimmen auch große Begeisterung gab, da man in dem Vertrag einen unbeschreiblichen Erfolg für den Katholizismus sah. Der Jesuit Ivo Zeiger bezeichnete ihn als „etwas ganz Großes“, sogar als ein „Meisterwerk“.¹³ Die emphatische Reaktion Kardinal Faulhabers in einem Brief an Hitler ist oft zitiert worden: „Was die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertig brachten, hat Ihr staatsmännischer Weitblick in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht. Für Deutschlands Ansehen nach Westen und Osten bedeutet dieser Handschlag mit dem Papsttum, der größten sittlichen Macht der Weltgeschichte, eine Großtat von unermeßlichem Segen.“¹⁴

Eine Woche nach der Ratifizierung fand auf Anregung der NS-Partei in der Berliner Hedwigskathedrale ein festlicher Dankgottesdienst statt, den der Apostolische Nuntius, Erzbischof Orsenigo, zelebrierte. Das unterstrich die führende Rolle Roms beim Zustandekommen des Konkordats. Das äußere Dekor aber, die zahlreichen Fahnen nicht nur der katholischen Verbände und Gruppierungen, sondern auch des Staates und der NS-Organisationen in der Kirche und auf dem weiten Vorplatz der Kathedrale erweckte für die Bevöl-

¹² Vgl. das Memorandum von Preysings zur Bischofskonferenz vom 31.5.1933 bei H. Müller, a.a.O. 161.

¹³ Ivo Zeiger SJ, Das Reichskonkordat, in: Stimmen der Zeit 126, 1933/34, 1 und 7. Vgl. K. Scholder a.a.O. 513.

¹⁴ K. Scholder, ebd. 514.

kerung den Eindruck, dass die katholische Kirche nunmehr Frieden mit dem Staat Hitlers geschlossen habe.

Damals war das die Bestätigung für die Geschehnisse seit dem Frühjahr 1933. Zahlreiche katholische Vereine verschiedener Ausrichtung hatten sich positiv zum „neuen Staat“ und seinen Zielen geäußert und zum Teil ihre Mitglieder zur Mitarbeit in den NS-Untergliederungen aufgerufen. Auch einige bekannte katholische Theologen äußerten sich damals sehr anerkennend und aufmunternd. Schließlich hatte der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom Juni 1933 bei aller Treue zum katholischen Glauben dieselbe Tendenz.

Kirchliche Kooperationsbereitschaft

Dieser gemeinsame Hirtenbrief¹⁵ zeigt deutlich einige zusätzliche Gründe für die damals sehr positive Einschätzung des NS-Staates und seiner Ziele. Die Bischöfe bejahen die „starke Betonung der Autorität und [...] die unnachgiebige Forderung der *organischen Eingliederung der einzelnen und der Körperschaften* in das Ganze des Staates“ (165). Sie sehen Parallelen dazu in der Autoritätsauffassung und im Willen zur Gemeinschaft, wie sie die katholische Kirche lehrt, und sie erwarten deshalb von den Katholiken, sich jetzt auch der staatlichen Autorität zu unterwerfen. Dies sei nicht nur eine natürliche, sondern auch eine übernatürliche Tugend, „weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes erblicken (Röm. 13,1ff.)“. Dabei wünschen die Bischöfe, dass der Staat „*die menschliche Freiheit nicht mehr beschneide, als es das Gemeinwohl verlangt*“ (ebd.). Die Bischöfe betonen die Übereinstimmung mit den Zielen, „die die neue Staatsautorität für die Freiheit unseres Volkes erstrebt“ (166), damit es wieder den „*Ehrenplatz* in der Völkerfamilie“ (ebd.) erhält, der ihm ungerechterweise von den „Siegernationen“ genommen wurde. Vor allem aber begrüßen die Oberhirten die Absicht, die vom Unglauben „entfesselte Unsittlichkeit“ und den mörderischen „Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshass“ zu bekämpfen, die „die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten“ (168). Nach der Forderung, die oben genannten kulturpolitischen Belange der Kirche zu schützen und zu bewahren, schließt der Hirtenbrief folgendermaßen:

¹⁵ Vollständiger Text des Hirtenbriefes bei H. Müller, a.a.O. 163-173. Dort alle Zitate; Hervorhebungen im Text.

Die aufgezählten Forderungen bedeuten „nicht etwa einen versteckten Vorbehalt dem neuen Staat gegenüber. Wir wollen dem Staat um keinen Preis die Kräfte der Kirche entziehen, und wir dürfen es nicht, weil nur die Volkskraft und die Gotteskraft ... uns erretten und erheben kann. Ein abwartendes Beiseitestehen oder gar eine Feindseligkeit der Kirche dem Staat gegenüber müsste Kirche und Staat verhängnisvoll treffen“ (172f.). Die Bischöfe vertrauen darauf, dass „alles Unversöhnliche und Hasserfüllte ... sich nur als ein Gärungsvorgang erweist, der bei der Klärung der Verhältnisse als Hefe zu Boden sinkt“ (ebd.).

Die Gründe für die erstaunlich kooperative Haltung des deutschen Episkopates und auch des Vatikans liegen nun offen zu Tage: Durch die offizielle Aufhebung der Verbote und Warnungen am 28. März 1933 und vor allem durch das Reichskonkordat hofften die päpstliche Kurie und die Mehrheit der deutschen Bischöfe, dem Katholizismus in Deutschland einen nachhaltigen Schutz gewähren zu können. Sie selbst waren allerdings dadurch eingebunden in die üblichen diplomatischen Gepflogenheiten. Einerseits konnten sie bei Verstößen und Gewaltanwendungen, die kein Ende nahmen, durch Eingaben an Regierungs- und Partei-Stellen intervenieren. Das auffallendste Dokument dieser Art ist die päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom Frühjahr 1937. Papst Pius XI. prangerte darin die eklatanten Verstöße gegen die Bestimmungen des Reichskonkordats mit aller Schärfe an. Eine Änderung der kirchlichen Situation wurde aber keineswegs erreicht. Andererseits bewirkte die offizielle Eingebundenheit in den NS-Staat, dass der Kirche eine grundsätzliche Opposition oder gar die Teilnahme am aktiven Widerstand gegen das inzwischen verbrecherische Regime verwehrt waren. Das blieb Sache Einzelner, die dafür Freiheit und Leben riskierten.

Weitere Gründe lagen – außer den bekannten kulturpolitischen Anliegen – in einer vermeintlichen inneren Übereinstimmung des Katholizismus mit wichtigen Schwerpunkten des Regimes: Die Propagierung und Verwirklichung einer straffen Autorität, die Bekämpfung von Auswüchsen liberaler Freiheitsrechte („öffentliche Unsittlichkeit“) und des Bolschewismus mit seiner Gottlosigkeit entsprachen weitgehend den Zielen der Bischöfe. Bei alledem war in den ersten Monaten offensichtlich eine Mehrheit der Bischöfe davon überzeugt, dass man trotz aller gegenteiligen Fakten (Gewalttaten) dem neuen Reichskanzler Vertrauen entgegenbringen könne, hatte er doch die christlichen Konfessionen als Grundpfeiler seiner Politik bezeichnet und führte zudem wichtige christliche Begriffe wie Gott und Offenbarung häufig im Munde.

Die kritische Reflexion solcher Vorstellungen muss versuchen, das Ganze des Politischen in den Blick zu nehmen. Dazu sagt E.-W. Böckenförde: „Die Bischöfe haben sich zu dem politischen Geschehen rein weltanschaulich ... verhalten. Sie haben deshalb das neue Regime anerkannt und die Gläubigen zur Mitarbeit aufgefordert, sobald es ‚Tatsache‘ geworden war und das Weltanschauliche, konkret: den kirchlich-kulturellen Bereich, nicht mehr gefährdete oder sogar zu sichern schien. Die Bischöfe mochten glauben, damit dem Politischen zu entgehen. Sie nahmen nur auf das Bedacht, was am Politischen weltanschaulich oder naturrechtlich war. Wenn sie aber den ‚neuen Staat‘ anerkannten und die katholischen Bürger zu Loyalität, Einordnung und Mitarbeit aufforderten, war das sehr wohl ein politisches Verhalten ... So war es möglich, dass der deutsche Katholizismus, ohne es recht zu bemerken, durch Zusagen für den kirchlich-kulturpolitischen Bereich und das Programm einer ‚sittlichen Volkserneuerung‘ in den entscheidenden Monaten der Machtstabilisierung ‚vor Hitlers Karren gespannt‘ werden konnte.“¹⁶ – Wenn es möglicherweise Bischöfe gab, die die Hoffnung hegten, mit Hitler einen christlich geprägten Staat errichten zu können¹⁷, so sahen sie sich bald grausam enttäuscht, denn der Diktator brachte in Wirklichkeit der Kirche nur Verachtung entgegen und wollte mit „seinem“ Staat die verbrecherischen Ziele seiner Ideologie umsetzen. In diesem Irrtum liegt die Tragik derer, die im Jahre 1933 aus christlicher Überzeugung zum Handeln herausgefordert waren.

Die Stellung der Kirche zu den Juden im NS-Staat

Schon längst besteht kein Zweifel mehr, dass im Schicksal der Juden eine Herausforderung von zentraler Bedeutung lag, die nicht erkannt wurde. Auch nach 1945 spielte der durch das NS-Regime begangene Völkermord an den Juden im Bewusstsein der bundesdeutschen Bevölkerung zunächst nur eine untergeordnete Rolle, obwohl das unglaubliche Ausmaß der Verbrechen bald nach dem Krieg bekannt und häufig dokumentiert wurde. Das änderte sich erst in den sechziger Jahren durch spektakuläre Ereignisse wie den Auschwitzprozess in Frankfurt, bald aber auch infolge intensiver Rückfragen der damaligen jungen Generation an ihre Eltern und Großeltern. So wurden nun auch die Kirchen nach ihrem Verhältnis und Verhalten zu den Juden im Dritten Reich befragt. Das Ergebnis war für beide Kirchen nieder-

¹⁶ Böckenförde, Stellungnahme, 173ff.

¹⁷ Vgl. Paul Meisenberg, Katholische Kirche und demokratischer Staat, Pastoralblatt 5/1995, 135-140.

schmetternd: sie hatten von 1933 an bis zum bitteren Ende weitestgehend geschwiegen – wie die Gesamtbevölkerung. Hier seien die markantesten Fakten benannt.

Wer nach dem 30. Januar 1933 gehofft hatte, der Judenhass, den Hitler seit den frühen zwanziger Jahren in immer neuen Reden und Schriften („Mein Kampf“) propagiert hatte, werde sich legen, sah sich bald bitter getäuscht. Schon im März setzten die ersten Gewaltausbrüche ein. In der schlesischen Hauptstadt Breslau wurden jüdische Juristen brutal eingeschüchert und an ihrer Berufsausübung gehindert. Nach Bekanntwerden dieser Ereignisse kam es zu scharfen Protesten im Ausland. Daraufhin ordnete Hitler kurzfristig einen landesweiten Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen, Anwaltskanzleien und anderer Einrichtungen für den 1. April 1933 an. In den Augen der Nationalsozialisten war das eine Art Test, wie die deutsche Bevölkerung reagieren würde. Das Ergebnis war keine Begeisterung, aber auch kaum Protest. Alles blieb weitgehend ruhig, – und so sollte es bei den meisten antijüdischen Attacken der folgenden Jahre bleiben. Bezüglich der katholischen Bischöfe ist ein Dokument überliefert, das sehr bezeichnend für die Anfänge der Ausgrenzungspolitik ist.

Auf Empfehlung des bekanntermaßen judenfreundlichen Domkapitulars Lichtenberg wandte sich der Direktor der Deutschen Bank in Berlin, Oscar Wassermann, am 18. April 1933 an Kardinal Bertram mit der dringenden Bitte, beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung zu intervenieren, um die Aufhebung des Boykotts gegen jüdische Geschäfte zu erreichen. Als Vorsitzender der Bischofskonferenz erklärte sich Bertram schließlich bereit, die Anfrage mit der Bitte um Stellungnahme an die Metropoliten der Kirchenprovinzen weiterzuleiten. Bertram lieferte seine eigene Ablehnung gleich folgendermaßen¹⁸ mit: Es handle sich um einen wirtschaftlichen Kampf in einem Interessenkreis, der „uns in kirchlicher Hinsicht nicht nahesteht“. Der Schritt könne als Einmischung in eine Angelegenheit erscheinen, „die das Aufgabengebiet des Episkopates weniger berührt“. Dieser habe aber „triftigen Grund, sich auf sein eigenes Arbeitsgebiet zu beschränken.“ Eine Intervention würde u.U. den Angelegenheiten der Kirche in der Öffentlichkeit schaden. Schließlich habe „die überwiegend in jüdischen Händen befindliche Presse gegenüber den Katholikenverfolgungen durchweg Schweigen beobachtet.“ – Fast alle Metropoliten waren gegen eine solche Intervention. Sie unterblieb daraufhin.

¹⁸ Dokumentation bei H. Müller, a.a.O. 98. Alle Zitate stammen aus diesem Dokument.

Anlässlich der ersten Unterredung, die Hitler als Kanzler mit Vertretern des Episkopats hatte¹⁹, ging es um Fragen der Freiheit der Kirche und ihrer Einrichtungen, da man fortgesetzt unter Gewaltanwendungen durch NS-Organen zu leiden hatte. Dabei äußerte Hitler, die katholische Kirche habe 1500 Jahre lang die Juden als die Schädlinge angesehen, sie ins Ghetto gewiesen, usw. „Da hat man erkannt, was die Juden sind. ... Ich gehe zurück auf die Zeit, was man 1500 Jahre lang getan hat ... Und vielleicht erweise ich dem Christentum den größten Dienst.“²⁰ Von einer Zurückweisung dieser Unterstellung und Gleichsetzung mit Hitlers Judenmaßnahmen wurde nichts bekannt. Vielleicht waren die beiden Gesprächspartner überrascht, gar irritiert, dass Hitler seine Judenpolitik überhaupt ansprach. Offensichtlich wollten sie andererseits den Gesprächsfaden über die Belange der Kirche nicht abreißen lassen.

Auch die weiteren Ungeheuerlichkeiten gegen die jüdische Bevölkerung riefen von Seiten der katholischen (und der evangelischen) Kirche keinen nennenswerten Protest hervor, weder gegen die Ausgrenzungen aus der Gesellschaft, noch gegen die Reichspogromnacht und Ghettoisierung, noch schließlich gegen die Deportationen und die Massenvernichtung. Es blieb bei der Fremdheit den Juden gegenüber, wie sie Kardinal Bertram in seinem Schreiben im April 1933 zum Ausdruck gebracht hatte.

Die katholische Kirche und die weitere Entwicklung des NS-Staates

Nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg am 2. August 1934 riss Hitler auch das Amt des Reichspräsidenten an sich. Die Wehrmacht ließ er nicht mehr auf die Verfassung, sondern auf seine Person vereidigen. Spätestens jetzt war Hitlers Alleinherrschaft besiegelt, zumal er wenige Wochen vorher, am 30. Juni 1934, seine innerparteilichen Gegner hatte ermorden lassen. Der anfangs autoritäre Staat war ein totalitärer geworden. Der „Führer“ brauchte nahezu keine Rücksichten mehr auf Menschen oder Gruppierungen anderer Überzeugung zu nehmen, auch nicht auf die katholische Kirche. Zwar ließ er den Kirchen ihre auf die „Sakristei“ reduzierte Eigenständigkeit, also im rein religiösen Bereich, dulden, aber keinerlei „politische

¹⁹ Ausführliche Dokumentation bei H. Müller, a.a.O. 126-130. Gesprächspartner Hitlers waren am 26. April 1933 Bischof Berning, Osnabrück und Prälat Steinmann, Berlin. das Gespräch dauerte 75 Minuten.

²⁰ Ebd. 129.

Betätigung“ und bestimmte selbst, was darunter zu verstehen war. Die Konsequenzen: entgegen den Bestimmungen des Reichskonkordats, gab es ab 1936 keine katholischen Schulen mehr, ein Jahr später waren sämtliche katholischen Vereinigungen, vor allem die zahlreichen Jugendverbände verboten, die kirchliche Presse nach Belieben eingeschränkt und ständig drangsaliert, u.v.a. Zahlreiche missliebige Geistliche und katholische Laien kamen zeitweise in „Schutzhaft“ oder auf Dauer in Gefängnisse und Konzentrationslager. Immerhin war es der Kirche weiterhin möglich, ihre pastoralen Aufgaben wahrzunehmen und ihre Gläubigen – öffentlich oder geheim – in der Treue zum Evangelium zu bestärken, gelegentlich auch Gegenkräfte gegen Unrecht und Gewalt zu mobilisieren.

Der nachhaltigste Protest von katholischer Seite gegen das NS-Regime war die schon genannte Enzyklika von Papst Pius XI. „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937.²¹ Sie beklagte im ersten Teil in aller Deutlichkeit die eklatanten Verletzungen von Geist und Buchstaben des Reichskonkordates und gab die Schuld dafür allein dem NS-Regime. Im umfangreicheren zweiten Teil thematisiert das päpstliche Schreiben zentrale Aspekte der Glaubens- und Sittenlehre. Hier prangert das Dokument erneut die Rassenideologie des NS an, aber auch die Umdeutung theologischer Begriffe wie Gott, Offenbarung, u.a. durch das Regime. – Die Enzyklika wurde sofort nach ihrer Zustellung durch Kuriere am 21.3.1937 (Palmsonntag!) unter großen Schwierigkeiten von den Kanzeln verlesen. Die NS-Regierung ließ daraufhin eine Reihe von Priestern verhaften und Pressehäuser, die das Dokument gedruckt hatten, schließen. Indes blieb das Reichskonkordat trotz aller Missachtung durch das NS-Regime weiter in Geltung – und die Kirche weiter eingebunden in die diplomatischen Gepflogenheiten.²²

Ein weiteres sehr schwieriges Kapitel sind die kirchenamtlichen Stellungnahmen²³ zu den Kriegen, die Hitler entfesselte und die sich zum Zweiten Weltkrieg ausweiteten. Darauf kann im Rahmen dieser Darstellung nicht näher eingegangen werden.

²¹ Text der Enzyklika mit Parallelen des Faulhaber-Entwurfs bei Denzler-Fabrizius, a.a.O. 104-150.

²² Vgl. dazu die hellsichtige Denkschrift des Berliner Bischofs Konrad von Preysing vom 17. Oktober 1937 bei Denzler/Fabrizius, a.a.O. 161-166. Preysing analysiert schonungslos die Absichten des Regimes bzgl. Zurückdrängung des Einflusses der Kirche und gibt Empfehlungen für das künftige Verhalten der Kirche. Preysings Forderung, angesichts der ständigen Vertragsbrüche „sich von den Regeln feinsten Diplomatie“ (166) im Umgang mit dem NS-Regime abzuwenden, fand keine Mehrheit in der Bischofskonferenz.

²³ Vgl. Gordon C. Zahn, Die deutschen Katholiken und Hitlers Kriege, Graz-Wien-Köln 1965.

Josef Frings, Kölner Erzbischof seit 1942

Als der bisherige Regens des Kölner Priesterseminars, Josef Frings, am 21. Juni 1942 im Kölner Dom zum Bischof geweiht wurde, hatte Clemens August Graf von Galen seine berühmten Predigten²⁴ gegen Gewaltakte der NS-Regierung schon gehalten: gegen willkürliche Freiheitsberaubungen, für Rechtssicherheit im Staat und – als Höhepunkt – die Predigt über die geplante Ermordung Geisteskranker, verbunden mit der Warnung, jeder einzelne, beispielsweise der im Krieg schwer verwundete Soldat, könne in die Lage kommen, lebensunwert zu sein. Bischof Graf von Galen hatte damit im Sommer 1941 in Münster und Umgebung großes Aufsehen erregt. Seine Predigten sind auch der deutliche Beweis dafür, dass sich die Hoffnung auf ein gutes Einvernehmen oder zumindest auf gedeihliche Kooperation durch permanente Provokationen des NS-Regimes längst in Enttäuschung, Zorn und Angst gewandelt hatte.

Am Beispiel von Josef Frings, des damals jungen Erzbischofs von Köln lässt sich zeigen, wie sich die Tätigkeit eines deutschen Bischofs in den letzten Jahren der Nazi-Herrschaft gestaltete.²⁵ Kardinal Frings schreibt in seinen Lebenserinnerungen: „Die erste Bekanntschaft mit den Nationalsozialisten machte ich schon im Jahr 1931, als ich noch Pfarrer in Köln-Braunsfeld war. Im dortigen Vereinshaus fand eine Zentrumsversammlung statt, zu der etwa 50 Personen erschienen waren, darunter eine Reihe von uns ganz fremden Leuten, die sich nachher als Nazis entpuppten.“²⁶ Gleich zu Beginn begannen sie zu randalieren und mit harten Gegenständen das Rednerpult zu traktieren. Sie verletzten u.a. Pfarrer Frings, der sich noch am Abend zur Behandlung ins Krankenhaus begeben musste. Bei einem gerichtlichen Nachspiel wurde der Rädelsführer Winkelkemper, der Bruder des späteren NS-Oberbürgermeisters, schließlich freigesprochen. Einige Jahre später hatte Frings, inzwischen Regens des Priesterseminars, mit den NS-Behörden zu tun, als es aus nichtigem Anlass um die Beschlagnahme und schließlich die Konfiszierung des Gebäudes in Bensberg ging.

Dann fährt er fort: „Noch ehe ich mein Amt als Erzbischof angetreten hatte, beging ich ein ‚Kapitalverbrechen‘. Ich machte Besuch bei den Be-

²⁴ Domkapitel Münster (Hg.), Clemens August Kardinal von Galen, Predigten in dunkler Zeit, Münster 1993.

²⁵ Josef Kardinal Frings, Für die Menschen bestellt. Erinnerungen des Alterzbischofs von Köln, Köln 1973 (zitiert: Frings, Erinnerungen). – Norbert Trippen, Josef Kardinal Frings (1887-1978), Bd. I, Paderborn 2003 (zitiert: Trippen, Kardinal Frings).

²⁶ Josef Frings, Erinnerungen, 35.

hörden, aber nicht beim Gauleiter, weil ich der Identifizierung von Staat und Partei keinen Vorschub leisten wollte. Das wurde mir schwer verübelt. Die Behörden machten, offenbar auf höhere Anweisung hin, keinen Gegenbesuch bei mir ... der Presse [war] untersagt, irgendeine Nachricht über die Weihe zu bringen.“²⁷ Gleichwohl war am 21. Juni 1942 im Kölner Dom der Andrang des Volkes, vor allem der Jugend, überwältigend. Das gleiche geschah bei allen Besuchen des neuen Erzbischofs, die er anschließend in den großen Städten des Erzbistums abstattete. Dabei legte Frings großen Wert darauf, dass neben einem Gottesdienst für Erwachsene, besonders Familien, eine eigene Jugendfeierstunde stattfand, weil die Jugendseelsorge durch die NS-Behörden stark behindert wurde.²⁸

Im Anschluss an die Rundreise durch das Erzbistum versammelte Frings den Klerus zu Priesterkonferenzen, auf denen sein Seelsorgskonzept deutlich wurde. Bezüglich der Situation im NS-Staat gab er die Direktive aus, Priester sollten sich nicht in politische Fragen einmischen. „Jede Obrigkeit bleibe jedoch an den Willen Gottes und an das Gesetz Gottes gebunden.“²⁹ Die Kirche habe in jeder staatlichen Ordnung darauf hinzuwirken, dass „die sittlichen Grundgesetze als Wille Gottes ihre strenge Beobachtung fänden ... Frings stellte damit den Alleingestaltungswillen des NS-Regimes in Frage.“³⁰ Andererseits mahnte er aber auch zur Behutsamkeit; man solle auch das Positive anerkennen. „Die Priester und Seelsorger müssten hier mehr denn je selber prüfen, was in dieser neuen gesellschaftlichen Ordnung christliche Färbung habe, was also offen bejaht und auch mit gestützt werden könne, oder aber, was noch einer christlichen Umprägung bedürfe.“³¹

Im August 1942 nahm der neue Kölner Erzbischof erstmals an einer Fuldaer Bischofskonferenz teil. Frings gehörte bald zu den jüngeren Bischöfen, die gegenüber dem NS-Regime eine etwas deutlichere Sprache suchten als Kardinal Bertram. Sie wurden aber von Bischof Galen genau davor gewarnt: „Unsere Jungens an der Front müssen dafür zahlen.“³²

Auf dem Konveniat der westdeutschen Bischöfe im November 1942 in Kevelaer wurde Bischof Preysing gebeten, einen Hirtenbrief über ‚Recht und Gerechtigkeit‘ zu verfassen, den jeder Bischof in eigener Verantwortung am 4. Adventssonntag verlesen lassen könne. Darin hieß es: „Wer immer

²⁷ Frings, *Erinnerungen*, 36.

²⁸ Vgl. Trippe, *Kardinal Frings*, 79 - 86.

²⁹ Ebd. 87.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd.

³² Frings, *Erinnerungen* 26.

Menschenanlitz trägt, hat Rechte, die ihm keine irdische Gewalt nehmen darf ... Alle die Urrechte, die der Mensch hat, das Recht auf Leben, auf Unversehrtheit, auf Freiheit und Eigentum, eine Ehe, deren Bestand nicht von staatlicher Willkür abhängt, können und dürfen auch dem nicht abgesprochen werden, der nicht unseres Blutes ist oder nicht unsere Sprache spricht.“³³ Zur Verärgerung des Kölner Gauleiters der NSDAP ließ Frings diesen Hirtenbrief am 20. Dezember 1942 verlesen, eines der deutlichsten Worte gegen die damalige NS-Rassenideologie.

Erzbischof Frings scheute sich auch in weiteren Hirtenworten und Predigten im Jahr 1943 nicht, sich mit den NS-Behörden anzulegen, beispielsweise wenn es um die religiöse Betreuung der Kinder ging, die man damals aus den durch Luftangriffe gefährdeten westdeutschen Gebieten evakuierte. Zusammen mit Erzbischof Lorenz Jäger erarbeite Frings den Entwurf für den letzten Hirtenbrief der deutschen Bischöfe in der NS-Zeit. Sein Thema war der Dekalog. Kardinal Bertram mahnte ein rein religiöses Wort dazu an. Gleichwohl hieß es in dem am 12. September 1943 verlesenen gemeinsamem Brief zum fünften Gebot: „Tötung ist in sich schlecht, auch wenn sie angeblich im Interesse des Gemeinwohls verübt würde: An schuld- und wehrlosen Geistesschwachen ... an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegs- oder Strafgefangenen, an Menschen fremder Rassen und Abstammung.“³⁴ Ulrich von Hehl urteilt: „Zu Recht hat man den Dekaloghirtenbrief unter die mutigsten Dokumente der Kriegszeit gezählt. Tatsächlich gehört er zu den bedrückend wenigen öffentlichen Protesten, die von kirchlicher Seite gegen die Ausrottungspolitik der Nationalsozialisten gerade auch in der Judenfrage ergangen sind.“³⁵ Erzbischof Frings prangerte noch mehrmals die Verletzungen der Menschenrechte an. In seiner Weihnachtspredigt 1943 sagte er: „Wer mit Absicht Unschuldige und Nichtkämpfende tötet, sei es aus der Luft oder wie immer, wer ihnen das Leben nimmt, nur weil sie einem fremden Volk, einer fremden Rasse angehören, der sündigt wider Gottes Gebot: Du sollst nicht töten.“³⁶ Deutlicher konnte damals auch der Erzbischof von Köln den Judenmord nicht ansprechen.

Die Zerstörung der westdeutschen Großstädte durch Luftangriffe wurde – zumal im Erzbistum Köln – seit Mitte 1943 immer schlimmer. Jetzt galt die Sorge des Erzbischofs der pastoralen Begleitung der vielen Tausend Katholiken, die nach Thüringen, Sachsen, Niederschlesien und anderswohin

³³ Trippen, Kardinal Frings, 90.

³⁴ Trippen, ebd. 96.

³⁵ Ulrich von Hehl, Erzbistum Köln, 234f., zitiert bei Trippen ebd.

³⁶ Ebd. 97.

evakuiert wurden. Frings veranlasste, dass Kölner Diözesanpriester den Evakuierten nachreisten und als Seelsorger zur Verfügung standen, soweit das unter den Diasporaverhältnissen möglich war.

Als nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 eine Verhaftungswelle durch das Land ging, die auch völlig Unbeteiligte traf, verwandte sich Erzbischof Frings vielfach durch Bittgesuche für die baldige Freilassung der Inhaftierten. Auch schickte er ein leider vergebliches Gnadengesuch für den Arbeiterführer Nikolaus Groß an den Reichsjustizminister. Das vorhergehende Ansinnen des Geistlichen Dr. Otto Müller, sich dem Kreis um Karl Goerdeler anzuschließen, hatte Frings allerdings abgelehnt.³⁷

In einer ganz anderen Situation als Josef Frings waren bezüglich der NS-Regierung naturgemäß Bischöfe wie Kardinal Michael Faulhaber, der schon im Jahr 1933 im Amt war und die ganze Zeit der NS-Herrschaft als Erzbischof von München und Vorsitzender der Bayerischen Bischofskonferenz miterlebte.³⁸ Faulhabers emphatischem Brief an Hitler zum Abschluss des Reichskonkordats (s.o.), dessen Einschätzung von Hitlers Gläubigkeit und Hochschätzung des Christentums, seinem Abscheu vor dem „Verbrechen“ des 20. Juli stehen die zahlreichen Eingaben des Kardinals zu NS-Übergriffen und seine Mitwirkung an der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ gegenüber. Seine Haltung zum Nationalsozialismus war schwankend. Das ganze Ausmaß der Gewaltverbrechen und Menschenrechtsverletzungen scheint Faulhaber auch nach dem Ende der NS-Herrschaft und nach Vorliegen der Dokumentationen darüber nicht klar geworden zu sein.

Der Nationalsozialismus als Versuchung

Hitler hat mit seinen Reden, in denen er allen alles versprach und gleichzeitig die damals verantwortlichen Politiker hasserfüllt beschimpfte, seit dem Jahr 1929 mehr und mehr Massen von Menschen angezogen. Der Erfolg gab ihm Recht: in demokratischen Wahlen bekam er in den letzten Jahren der Weimarer Republik eine Zustimmung, von der andere Politiker und Parteien dieser Zeit nur träumen konnten: Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 errang die NSDAP 37,4 % der Stimmen. Mehr als jeder dritte Wähler hatte damals Hitlers Partei seine Stimme gegeben. Als Ursache wird

³⁷ Vgl. Frings Erinnerungen, 37f. Vgl. zu den Aktivitäten des Erzbischofs im letzten Kriegsjahr und bis zum Kriegsende: Trippen, Kardinal Frings, 105-119.

³⁸ Vgl. u.a. Ludwig Volk, Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: *StdZ* 91. Jg. 173-195 (zitiert: Volk, Faulhaber).

meist die Weltwirtschaftskrise angeführt, vor allem die Massenarbeitslosigkeit. Es gibt jedoch tiefer liegende Gründe, die seit langem virulent waren. Der Staat von Weimar, nach der Niederlage von 1918 entstanden, war unbeliebt. In weiten Kreisen des Volkes wurde die demokratische Ordnung nicht angenommen oder zumindest gering geschätzt. Zudem war dieser Staat krisengeschüttelt. Nach zahlreichen politischen Unruhen der Anfangszeit und der Inflation im Jahr 1923 konsolidierte er sich zwar für kurze Zeit, und es bahnte sich sogar eine Aussöhnung mit Frankreich an. Aber nach dem frühen Tod des Außenministers Stresemann und der hereinbrechenden wirtschaftlichen Probleme geriet der Staat erneut in große Schwierigkeiten, die Hitler schamlos ausnutzte, wobei er vor Unruhestiftung und Gewaltanwendung nicht zurückschreckte.

Die Stimmung im Volk war ambivalent: auf der einen Seite Angst vor Eskalation der Gewalt, auf der anderen die Faszination auf Grund der Versprechen Hitlers, unter seiner Führung werde sich alles zum Besseren entwickeln. Die Versuchung, Hitler zu glauben und zu folgen, bezog sich, wie Rainer Bucher³⁹ dargestellt hat, auf folgende Faktoren: die Sehnsucht nach Gemeinschaft. Gemeint ist bei Hitler eine kulturell homogenisierte, „von allen modernen Pluralitätsirritationen ‚gereinigte‘ deutsche Volksgemeinschaft.“⁴⁰ In ihr habe der Nationalsozialismus seine zentrale und überaus wirksame Utopie gehabt. Bedenkt man, dass Aktionen wie die Bücherverbrennung auch von den Eliten nahezu widerspruchslos hingenommen wurden, wird die utopische Sehnsucht nach Volksgemeinschaft dahinter sichtbar. Weitere Sehnsüchte waren die weitverbreitete Hoffnung auf Linderung der Kränkung, die die Deutschen durch die Niederlage von 1918 erlitten zu haben glaubten⁴¹, und die nach einem heroischen Leben, wie sie beispielsweise im George-Kreis, aber auch in der Jugendbewegung verbreitet war. „Der Heroismus als Existenzkonzept ist eine Flucht ... vor der Realität, vor dem Alltag.“⁴² Überzeugt von einem religiösen Monismus, durch den alles wissenschaftlich erklärbar ist, teilte Hitler „wie viele damals, die Sehnsucht ... nach einer Erlösung nicht durch den Gott der Gnade ... sondern durch eigene Kraft und Anstrengung.“⁴³ Es war das Verlangen nach Selbsterlösung, das im gedemütigten Volk geweckt wurde und plötzlich möglich erschien. Zudem beanspruchte Hitler, von der „Vorsehung“ dazu ausersehen zu sein, den Volkswillen in

³⁹ Rainer Bucher, *Hitlers Theologie*, Stuttgart 2008. (zitiert: Bucher, *Theologie*).

⁴⁰ Bucher, *Theologie* 159.

⁴¹ Vgl. ebd. 164.

⁴² Ebd. 167.

⁴³ Ebd. 169.

seiner Person zu verkörpern. Die demokratische Ordnung des Weimarer Staates mit ihrer lästig gewordenen Pluralität der Parlamente – sie konnte gefahrlos zu Grabe getragen werden zugunsten des einen Willens des Führers an der Spitze. Hitlers „Diktatur als höchste Form der Demokratie“⁴⁴ übte, so verstanden, eine große Faszination auf das Volk aus. Denn er versprach „die Segnungen der Moderne ohne deren Pluralitätszumutungen“.⁴⁵ Und er begann schnell mit ihrer Verwirklichung: die intensivierete Industrialisierung und Technisierung aller Lebensbereiche, die Hitler betrieb, wurde bereitwillig angenommen.

Auf die Frage, welche Bevölkerungsgruppen den Versprechungen Hitlers am ehesten erlagen, nannte der Historiker Fritz Stern⁴⁶ die deutschen Eliten. Ihnen gab er eine wesentliche Mitschuld am Erstarken des NS. „Die Grundstimmung der Eliten war Ablehnung und Ressentiment“⁴⁷ gegen den demokratischen Staat. Deshalb sei es keineswegs ein Zufall gewesen, dass die Nationalsozialisten ihre ersten großen Erfolge in der Studentenschaft errungen haben. In der Akademikerschaft, vor allem bei den Professoren, gab es große Sympathien für eine autoritäre Staatsform. Das führte, wie Stern urteilt, zur „Selbstaufgabe der geistigen Eliten“.⁴⁸ Nach der Machtergreifung bestand die Versuchung aus „Anpassung, Mitmachen, Parteieintritt, Begeisterung – und das trotz SA-Kellern und Verfolgungen, trotz des Verlusts der Bürgerrechte, trotz Bücherverbrennung, trotz der sogenannten Säuberung der Universitäten ... Trotz dieser Angriffe gegen Rechtstradition und Wissenschaftslehre haben sich die meisten Professoren – wie 1914 – zur Nation, zur neuen deutschen Erhebung sofort und leidenschaftlich bekannt“.⁴⁹ Sie ließen sich vereinnahmen und gleichschalten, wo gerade bei ihnen kritische Distanz angebracht gewesen wäre.

Über die *Versuchungen und Verlockungen* durch Hitler und den Nationalsozialismus, die besonders in den ersten Wochen und Monaten nach dem 30. Januar 1933 speziell auf die *katholische Kirche* zukamen, war schon ausführlich die Rede. Sie waren besonders groß, weil sich Hitler als neuer Reichskanzler zu dieser Zeit in für die katholische Kirche besonders wichtigen Belangen erstaunlich kooperationsbereit gab und auch persönlich den Eindruck zu

⁴⁴ Vgl. R. Zitellmann, Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1990, 437-442, zitiert bei R. Bucher, Theologie, 153.

⁴⁵ Bucher, ebd.

⁴⁶ Fritz Stern, Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht, Berlin 1988. Hier: Der Nationalsozialismus als Versuchung, 164-213. – (zitiert: Stern, Versuchung).

⁴⁷ Stern, Versuchung 181.

⁴⁸ Ebd. 188.

⁴⁹ Ebd.

erwecken verstand, ein gläubiger Christ zu sein. Es gab hellsichtige Menschen, die warnend ihre Stimme erhoben im Wissen um das wahre Gesicht des NS, das dieser ja schon deutlich gezeigt hatte. Wer aber konnte genau wissen, welches der richtige Weg für die Kirche sei; vor allem aber: wer konnte damals ahnen, dass man es in Hitler mit einem der schlimmsten Verbrecher zu tun haben werde, dem jedes Mittel der Lüge und Täuschung recht war, um zum Ziel zu kommen, hier zu dem vorläufigen Ziel, die Bischöfe in Sicherheit zu wiegen und dadurch die katholischen Christen in seinen Staat einzugliedern oder sogar zu seinen Bündnispartnern zu machen? In der Tatsache, dass man sich täuschen und einbinden ließ, liegt eine tiefe Tragik, die von persönlicher Schuld sehr wohl zu unterscheiden ist. Die Irritationen über die fortdauernde Gewalt, über willkürliche Verhaftungen und bald auch Vertragsbrüche führten bei manchen schnell zu Ernüchterung und Enttäuschung. Bei anderen, auch bei katholischen Christen, aber hielt die Faszination noch lange Zeit an – besonders über Hitlers Erfolge, die es bis in die Kriegszeit hinein zu verzeichnen und durch eine geschickte Propaganda zu bejubeln gab. Hoffnung, dass es in der neuen gesellschaftlichen Ordnung Elemente gebe, die bejaht und gestützt werden sollten, oder aber „noch einer christlichen Umprägung“⁵⁰ bedürften, Zuversicht, dass der ‚Führer‘ doch ein Mensch sei, der Verehrung verdiene⁵¹, gab es auch im katholischen Raum noch sehr lange.

Ist es nicht einer Überlegung wert, auch zu den Irrtümern im Jahr 1933 eine offizielle kirchliche Stellungnahme abzugeben, wie sie zur Judenproblematik erfolgt ist? Es geht dabei nicht um Vorwürfe an längst Verstorbene, sondern um bittere Konsequenzen aus der Vergangenheit im Blick auf Gegenwart und Zukunft.

Lehren für heute und morgen

Die Kritik E.-W. Böckenfördes am deutschen Katholizismus im Frühjahr 1933, er habe angesichts der Machtergreifung Hitlers nur seine eigenen Belange gesehen und nicht das Ganze des Politischen bedacht, ist nach anfänglich heftigen Kontroversen als richtig erkannt worden. Dabei räumt Böckenförde ein, dass für die Bischöfe als institutionelle Repräsentanten der Kirche die kirchlich-kulturpolitischen Belange legitimerweise im Vordergrund gestanden haben; denn es ist generell, insbesondere aber bei politischen Umbrüchen, ihre Aufgabe, die Interessen der Kirche zu schützen. Anders je-

⁵⁰ Trippen, Kardinal Frings, 87.

⁵¹ Vgl. L. Volk, Faulhaber, 193.

doch sieht die Funktion des Bürgers aus, der als aktiver Christ zum Handeln herausgefordert ist. Er muss seine Entscheidung „politisch, eben als katholischer Bürger, treffen, nicht als Mitglied eines katholischen Kadern. Damit werden, auf Dauer gesehen, die kirchlich-kulturpolitischen Ziele nicht vernachlässigt, sondern gerade sachgerecht zur Geltung gebracht, nämlich gemäß ihrer jeweiligen Bedeutung im Rahmen des Ganzen“.⁵² Eine solche Sichtweise aber hatten im Jahr 1933 weder die Bischöfe noch die katholischen Bürger, „denen die Stimme ihrer Kirche heilig“⁵³ war. Vielmehr trafen die Bischöfe mit ihren Kundgebungen, Hirtenbriefen u.a. Entscheidungen für den Katholizismus insgesamt. Das wurde von der großen Mehrheit der katholischen Christen in dieser Weise damals auch so erwartet und gutgeheißen.

In der Nachkriegszeit, genauer seit den sechziger Jahren, ergab sich daraus eine doppelte Aufgabe: Zum einen musste das Verhältnis der Kirchenleitungen, allgemeiner gesagt: des kirchlichen Amtes zur Politik neu positioniert werden. Die Kirche hat der politischen Welt gegenüber keine Machtmittel mehr, sondern nur eine *potestas indirecta*⁵⁴, d.h. sie kann ihre moralische Autorität ins Gewicht werfen. Das Zweite Vatikanum hat zu potentiellen kirchlichen Stellungnahmen wichtige Hinweise gegeben, die beispielsweise bei Aufrufen zu politischen Wahlen zu beachten sind. Das Konzil geht davon aus, dass solche Stellungnahmen das Ganze der politischen Gegebenheiten anzielen, das dabei aber auch unter Christen, was deren Verwirklichung angeht, Meinungsverschiedenheiten auftreten können – bis zu der realen Möglichkeit, dass Christen verschiedenen demokratischen Parteien angehören. Zudem ist wichtig, dass die Kirche selbst nicht für eine einzige politische Meinung oder Partei in Anspruch genommen werden darf (vgl. GS 43,3).

Zum anderen betont das Konzil in vielfältiger Weise die veränderte Position der Laien, die deutlich gestärkt worden ist. Auf der Basis ihrer einzigartigen Würde, die sie durch Taufe und Firmung als aktive Bürger des Volkes Gottes erlangt haben (LG 31-38), tragen sie Verantwortung für Kirche und Welt. Sind sie politisch tätig, so werden sie nach der Leitlinie handeln: es gibt keine christliche Politik und erst recht keinen christlichen Staat, es gibt aber sehr wohl Christen in der Politik, die ihre Überzeugung nicht verbergen, sondern in ihre Entscheidungen einfließen lassen.

⁵² Böckenförde, Stellungnahme, 102.

⁵³ Kundgebung der Fuldarer Bischofskonferenz vom 28. März 1933.

⁵⁴ Vgl. E.-W. Böckenförde, Kirche und Politik, in: ders., Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg 1988, 105-120, bes. 117.

Ein weiteres drängendes Desiderat tritt zutage, wenn man nochmals die *Haltung der katholischen Kirche zu den Juden* in der extremen Bedrängnis durch den NS-Staat betrachtet. Außer einzelnen katholischen Christen, die sich unter Lebensgefahr solidarisch mit jüdischen Mitbürgern und Freunden gezeigt und ihnen heimlich Unterkunft und Lebensunterhalt, vor allem Schutz vor den Häschern gewährt haben, hat die amtliche katholische Kirche nichts für die Juden getan – bei keiner noch so unmenschlichen Bedrängnis. Dahinter steckte gewiss Angst vor NS-Zwangsmaßnahmen gegen die Kirche selbst. Die Rechtfertigung aber lieferte von Anfang an die Nicht-Zuständigkeit, da die Juden keine Christen, also nicht Mitglieder der katholischen Kirche waren (vgl. den Brief Kardinal Bertrams vom April 1933). Man fühlte sich diesen Menschen gegenüber nicht zum Handeln verpflichtet.

Das änderte sich erst durch Papst Johannes XXIII. Seine persönliche Haltung den Nichtchristen, insbesondere den Juden gegenüber war, eine ganz andere. Eine jüdische Delegation empfing der Papst im Vatikan mit den Worten: „Ich bin Josef, Euer Bruder!“ Vollends aber brachte „sein“ Konzil eine grundlegende Wandlung im Verhältnis zu Menschen und Völkern anderen Glaubens. Dazu war es notwendig, dass die Kirche die Abschottung gegen die Welt und gegen die Moderne durchbrach, wie sie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts üblich geworden war. Durch eine ganze Reihe von Konzilsdokumenten wurde Schritt für Schritt der Wandel vollzogen. Es waren die dogmatische Konstitution über die Kirche (LG), das Dekret über den Ökumenismus (UR), die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute (GS), die Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen (NAe) und die über die Religionsfreiheit (DH).

Papst Johannes Paul II. betonte auf dieser Basis das neue Verhältnis zu den Juden. Er sagte bei seinem Besuch der Synagoge von Rom – der ersten eines Papstes – am 13. April 1986: „Die jüdische Religion ist für uns nicht etwas Äußerliches, sondern gehört in gewisser Weise zum Inneren unserer Religion. Zu ihr haben wir somit Beziehungen wie zu keiner anderen Religion. Ihr seid unsere bevorzugten Brüder und, so können wir gewissermaßen sagen, unsere älteren Brüder.“

Anlässlich des 50. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 haben die deutschen und österreichischen Bischöfe im Oktober 1988 in ihrem gemeinsamen Hirtenwort „Die Last der Geschichte annehmen“⁵⁵ ein bemerkenswertes Schuldbekenntnis abgelegt über die Versäumnisse in der NS-

⁵⁵ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Wort der Bischöfe (Nr. 43) zum Verhältnis von Christen und Juden aus Anlass des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938 vom 20. Oktober 1988.

Zeit im allgemeinen und über das Schweigen zur Pogromnacht im besonderen. Angesichts der Jahrhunderte langen Judenfeindschaft von Christen, die zum rassistischen Judenhass der Nationalsozialisten beigetragen hat, rufen die Bischöfe zur weiteren Besinnung und zur Neuordnung des Verhältnisses der Christen zu den Juden auf. Predigt und Katechese bieten dazu ein weites Feld, damit der endlich begonnene Prozess der Aussöhnung weitergehe. Juden und Christen müssten schließlich ihre gemeinsamen Aufgaben in der Welt erkennen und wahrnehmen. Heute ist dieses Eingeständnis auch im Zusammenhang mit dem Schulbekenntnis vom Jahr 2000 zu sehen, das Papst Johannes Paul II. für die ganze Kirche abgelegt hat.

Dass die katholische Kirche seit den sechziger Jahren ein ganz neues Verhältnis zu den Juden und zur jüdischen Religion insgesamt gewonnen hat, mag vielen heute als selbstverständlich erscheinen, war es aber keineswegs. Vielmehr liegt dem ein langer Prozess zugrunde, bei dem das Dekret über die Religionsfreiheit (DH) eine entscheidende Rolle gespielt hat. Es geht dabei, wie E.-W. Böckenförde dargelegt hat, um eine kopernikanische Wende, und zwar im Verhältnis von Wahrheit und Freiheit bezüglich des Glaubensvollzuges.

Die katholische Kirche sah sich bis dahin wie selbstverständlich im Besitz der Wahrheit, einer Wahrheit, die alle anderen (Religionen) von ihr ausschloss. Sie beanspruchte deshalb für sich Freiheit, während die der anderen, also auch der Juden, unwichtig war. Erst das Dekret über die Religionsfreiheit hat die „tragfähige und gültige Versöhnung von Wahrheit und Freiheit gebracht ... An die Stelle des Rechts der Wahrheit ist das Recht der Person getreten“.⁵⁶ In DH geht es nämlich darum, jedem Menschen das Recht einzuräumen, seine Religion frei zu wählen, unabhängig von der Frage nach deren Wahrheit. Denn Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Deshalb verpflichtet sich die Kirche selbst in DH, immer für dieses Recht jedes Menschen zu kämpfen. Religionsfreiheit schließt dabei den Wahrheitsanspruch der Kirche keineswegs aus. Sie bleibt davon überzeugt, dass jeder Mensch – unabhängig von der rechtlichen Seite – die sittliche Verpflichtung hat, nach der wahren Religion zu suchen und ihr zu folgen.

Auf dieser Grundlage vertritt Papst Johannes Paul II. einen christozentrischen Humanismus, der schlechthin allen Menschen angeboten wird. „Zur Verkündigung der christlichen Wahrheit gehört somit auch die Verkündigung der in Christus begründeten und offenbar gewordenen Wahrheit über den Menschen: seine Würde, seine erhabene Bestimmung, seine Rech-

⁵⁶ E.-W. Böckenförde, Wahrheit und Freiheit, in: Böckenförde, Herausforderungen, 457-466, hier 460f.

te, seine Freiheit. Dies ist die ‚menschliche Dimension‘ im Geheimnis der Erlösung⁵⁷. Weil Johannes Paul II. die Erlösung durch Christus in so umfassender Weise sieht, ist auch die Religionsfreiheit in das Handeln Christi eingeschlossen; Wahrheit und Freiheit sind versöhnt. Es gibt keine Wahrheit ohne Freiheit.

Weil es der Kirche jetzt nicht mehr nur um die Rechte ihrer eigenen Klientel geht, kann sie „als Lehrerin und Avantgarde in der Frage der Menschenrechte auftreten; sie vermag dafür die Breite der christologischen Aussagen der Offenbarung fruchtbar zu machen“⁵⁸. Dadurch ist sie in der Lage, einen universalen „Anspruch der christlichen Wahrheit in einer pluralistischen Welt“⁵⁹ zu erheben, ohne die Freiheit Andersdenkender einschränken zu wollen.

Fazit: die These ist höchst bedenkenswert, dass das Dekret über die Religionsfreiheit, recht verstanden im Kontext aller relevanten Konzilsdokumente, eine so verhängnisvolle Verengung des Blickwinkels, wie er in der NS-Zeit vorhanden war, heute und für alle Zukunft ausschließt, vorausgesetzt, diese kopernikanische Wende bleibt in der Kirche lebendig, hängt doch die Wirkung der christlichen Botschaft in die Welt hinein nicht von ihrem vorgegebenen Wahrheitsanspruch ab, sondern „von der Glaubwürdigkeit und der Intensität, mit der [er] von ihren Anhängern vertreten und auch gelebt wird“⁶⁰.

⁵⁷ Das neue politische Engagement der Kirche, Zur „politischen Theologie“ Johannes Paul II., in: Böckenförde, ebd. 295 - 315, hier: 297.

⁵⁸ Ebd. 298.

⁵⁹ Ebd. 313.

⁶⁰ Ebd. 315.



BAND 28
BONNER BEITRÄGE
ZUR KIRCHENGESCHICHTE

So wie sich die wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Domkapitular Norbert Trippen von dem Kölner Kartäuser-Historiographen Laurentius Surius (+1578) bis zur Biographie über Josef Kardinal Höffner (+1987) erstrecken, haben es über 40 seiner Kollegen, Freunde und Schüler aus der Kirchengeschichtsforschung unternommen, den Bonner Professor und vormaligen Kölner Regens mit neuen Forschungsergebnissen zur Kölner Kirchengeschichte zu ehren. Im Jahre 1962, dem Beginn des epochalen II. Vatikanischen Konzils, zum Priester geweiht, behandeln Trippens Veröffentlichungen wie die ihn ehrenden Beiträge zudem den Wandel der Priesterausbildung und der Theologie in den neuzeitlichen Modernisierungskrisen der Weltkirche.

